

Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei der letzten Jahren in Zahlen



Foto: DIHA, 14.07.2012, während einer Demonstration in Diyarbakir

„Die Folter wurde von der Untersuchungszelle auf die Straße verlagert.“
(Jahresbericht 2011 vom Menschenrechtsverein IHD)

Erstellt am 13.12.2012
von



Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt
www.civaka-azad.org // info@civaka-azad.org
Tel.: 069/84772084

Eine Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in Zahlen

Im internationalen Kontext versucht sich die türkische AKP-Regierung immer wieder als demokratisierende Reformkraft darzustellen. In den letzten Jahren haben jedoch die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei erheblich zugenommen. Insgesamt nutzt die Regierung Erdogan ihre Macht um eine zunehmend intolerante und gegenüber jeglicher Opposition und Andersdenkenden repressiv ausgerichtete Gesellschaftsordnung und Struktur zu etablieren und umzusetzen. Der Menschenrechtsverein IHD hat folglich seinen Jahresbericht 2011 unter dem Titel „Der institutionalisierte Polizeistaat: eine Bewertung der Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2011“ veröffentlicht. Die Türkei hat sich zunehmend in einen autoritären Polizeistaat verwandelt, erklärte der IHD-Vorsitzende Öztürk Türkdogan auf einer Pressekonferenz am 11. April 2012: „Wie lange wird die Gesellschaft noch mit diesen Rechtsverstößen leben müssen und können? Der Putsch vom 12. September 1980 wird zwar verurteilt, aber in der Praxis gibt es keine positiven Veränderungen.“ Türkdogan stellte einen signifikanten Anstieg der Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Vorjahren fest: „Das ist sehr bedenklich. Die Regierung entwickelt als beunruhigende politische Macht einen zunehmend autoritären Polizeistaat. Bezüglich der Menschenrechtssituation hat eine klare und offensichtliche Verschlechterung stattgefunden.“

Verhaftungen, Morde, Folter, Kriegsverbrechen, Misshandlungen und Gewalt gegen Frauen und Kinder, Maulkörbe, Zensur, Lauschangriffe, Verschleppungen, Rassismus und Assimilation überschatten die jüngere Vergangenheit der Türkischen Republik in zunehmendem Maße.

Im Folgenden dokumentieren wir statistische Zahlen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Die Zahlen basieren auf den Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien.

Verhaftungen/Gefangennahme/Folter:

- **128.119 Menschen** befinden sich Angaben des Justizministeriums der Türkei zufolge im Gefängnis (Quelle: Türkisches Justizministerium, November 2012)
- Im November 2011 befanden sich über **128.000** Menschen in den türkischen Gefängnissen, deren Gesamtkapazität allerdings lediglich 115.000 beträgt. Der IHD richtete eine Anfrage an das Justizministerium, auf welche Art die **13.000 „überzähligen“** Häftlinge untergebracht sind. In vielen türkischen Gefängnissen sind die Zellen bis zu dreifach überbelegt. (Quelle: IHD, Mai 2012)
- **Mehr als 15.000 politische Gefangene** befinden sich derzeit in türkischen Gefängnissen (Quellen: IHD, BDP, verschiedene Presseorgane)
- Seit dem Frühjahr 2009 wurden mehr als **8.000 kurdische politische AktivistInnen inhaftiert** – überwiegend aus den Reihen der BDP und ihr nahestehender Organisationen – darunter BürgermeisterInnen, StadträtInnen, AnwältInnen, GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen und Feministinnen (Quelle: BDP, Oktober 2012)
- Es kam zu **12.685 politisch motivierte Festnahmen** allein im Jahr 2011 (Quelle: IHD Jahresbericht 2011)
- **2012** kam es zu **6.529 Festnahmen** von Personen, die ihr Demonstrations- und Organisationsrecht in Anspruch nehmen wollten. **1.831** Personen davon wurden anschließend inhaftiert. (Quelle: Meral Daniş Bestas, Co-Vorsitzende der BDP und Sprecherin der BDP-Kommission für Recht und Menschenrechte, Stand 10.12.2012)
- **3.252 Fälle von Folter und Misshandlung** kamen im Jahr 2011 zur Anzeige (Quelle: IHD 2011)
- **506 Fälle von Folter und Misshandlung** wurden zwischen dem 01.01. und dem 30.11.2012 bei der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) gemeldet. (Quelle: TIHV, 10.12.2012)

- **798 Gefangene** wurden im Jahr 2011 neben zahlreichen weiteren Rechtsverletzungen verlegt. Oft handelt es sich dabei um politisch motivierte Verlegungen an Gefängnisse, die weit entfernt des Wohnortes der Verwandten der Gefangenen liegen. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)
- Über **770 Studierende** befinden sich derzeit in Haft (Quelle: BDP, und TÖDP, Mai 2012)
- Über **8.000 Studierende** wurden in letzten 3 Jahren von Universitäten suspendiert (Quelle: BDP und TÖDP, Mai 2012)
- **68 GewerkschaftlerInnen** sind inhaftiert (Quelle: KESK, 13. Dezember 2012)
- **34 AnwältInnen** befinden sich seit Dezember 2011 in Haft (Quelle: IHD)
- **36 kurdische BürgermeisterInnen** sind inhaftiert (Quelle: BDP)
- **8** im Jahr 2011 **gewählte Abgeordnete** (5 davon gehören der BDP an) sind derzeit inhaftiert (Quelle: IHD und BDP)
- Die medizinische Versorgung ist in den türkischen Gefängnissen kaum vorhanden und wenn doch, dann oft mit Repressionen, wie z.B. sich vor Wärtern untersuchen lassen zu müssen, verbunden. Oft wird ein Medikament für sämtliche Erkrankungen verabreicht. Die überwiegende Anzahl der Inhaftierten leidet an chronischem Nährstoffmangel. Gefängniswärter werden noch immer in Foltermethoden, wie z.B. der Panamaschule unterrichtet und wenden in den Gefängnissen systematische Folter an (Quelle: Tuhad-Fed, 2011)
- **253** schwerkranke Inhaftierte, deren Freilassung aufgrund ihres kritischen Gesundheitszustandes schon seit längerem u. a. von Menschenrechtsorganisationen gefordert wird, befinden sich weiterhin im Gefängnis. (Quelle: TIHV, 10.12.2012,)
- **36 schwerkranke Gefangene** aus türkischen Gefängnissen sind im Jahre 2011 gestorben. (Quelle: IHD, 11. April 2012)

Presse- und Meinungsfreiheit:

Wie eng Demokratie und Medienfreiheit zusammenhängen, zeigt die „Rangliste“ der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (ROG) am 25. Januar 2012 veröffentlichte. Die ROG-Rangliste der Pressefreiheit 2011 vergleicht die Situation der Medien und Medienschaffenden in 179 Staaten und Regionen vom 1. Dezember 2010 bis zum 30. November 2011. Die Türkei befand sich auf Rang 148 der Liste. Anfang 2012 waren in der Türkei mehr als **105** JournalistInnen inhaftiert. Nach der Freilassung von einigen JournalistInnen lauten die aktuellen Zahlen folgendermaßen:

- **75 JournalistInnen** sitzen in türkischen Gefängnissen (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012) Ende September veröffentlichte die US-Medieninstitut CPJ einen Bericht, in dem die Anzahl der Inhaftierte JournalistInnen in der Türkei auf **76** beziffert wurde (Committee to Protect Journalists)
- **17 Zeitungen und Zeitschriften** wurden im Jahr 2012 mit einem Publikationsverbot versehen. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)
- **564 verschiedene Veröffentlichungen** - Bücher, Kalender, Broschüren, Plakaten, Poster - wurden aufgrund gerichtlicher Beschlüsse **beschlagnahmt**. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)
- **22.536 Webseiten** wurden mit einem Verbot belegt. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)
- **Dutzende JournalistInnen** wurden in den letzten zwei Jahren, nachdem sie durch VertreterInnen der AKP Regierung zur Zielscheibe von Repression und Sanktionen gemacht worden waren, von ihren ArbeitgeberInnen gekündigt. Ihr „Vergehen“ bestand meist darin, in Artikeln und Beiträgen regierungskritisch, besonders hinsichtlich der kurdischen Frage, gewesen zu sein – und somit gegen eine informelle staatliche Zensur verstoßen zu haben. Betroffen hiervon waren unter anderem Ece Temelkuran von der Tageszeitung und dem TV Sender Habertürk; Banu Güven vom TV-Sender NTV; Can Dündar vom TV-Sender NTV; Mehmet Altan von der Tageszeitung Star; Nuray Mert von der Tageszeitung Milliyet, Yildirim Türker von der Tageszeitung Radikal, Serdar Akinan von der Tageszeitung Aksam, Ali Akel und weiter 6 JournalistInnen der Tageszeitung Yeni Safak.

- **301 Personen** wurden im Jahr 2012 wegen freien Meinungsäußerungen zu insgesamt **908** Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen **1.088** Personen dauern die Prozesse noch an. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012) MenschenrechtsverteidigerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen und weitere engagierte BürgerInnen wurden in den letzten Jahrzehnten und werden bis heute unter fragwürdigen Vorwürfen vor Gericht gestellt und in unfairen Verfahren zu willkürlich verhängten Strafen verurteilt.
- **30 kurdische Abgeordnete** wurden wegen freier Meinungsäußerung zu insgesamt mehr als **2.500** Jahren Gefängnis verurteilt (Quelle: BDP)
- **10 BDP Abgeordneten** droht die Aufhebung der Immunität (Quelle: BDP, Stand Dez. 2012)

Militärische Auseinandersetzungen:

- Es waren **425 Tote** im Zeitraum zwischen 01.01– 30.09.2012 bei Gefechten zwischen der türkischen Armee und der Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu verzeichnen. Davon 185 türkische Sicherheitskräfte (Soldaten, Polizisten und Dorfschützer), 224 PKK Guerillas und 16 ZivilistInnen. Darüber hinaus wurden 319 türkische Soldaten, Polizisten und Dorfschützern sowie 124 ZivilistInnen und PKK Guerillas verletzt. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)
- **34 kurdische ZivilistInnen** wurden am 28.12.11 von türkischen Kampfflugzeugen in Roboski/Sirnak getötet. Bei 19 der Todesopfer handelt es sich um Minderjährige. (Quelle: IHD und BDP)
- **Eine siebenköpfige Familie** (darunter vier Kinder und eine Frau) wurde im August 2011 in den nordirakischen Kandil-Bergen durch eine Bombardierung der türkischen Luftwaffe in ihrem PKW getötet. In letzten Jahren kam es immer wieder zur Tötung von ZivilistInnen in Folge von regelmäßigen völkerrechtswidrigen grenzüberschreitenden Militäroperationen der türkischen Armee. Am 15. August 2000 fanden die Luftangriffe der türkischen Armee bei einem Massaker an **30 ZivilistInnen** in Kendakol im Nordirak einen traurigen Höhepunkt. Unter den Todesopfern befanden sich überwiegend Frauen und Kinder. Weder auf nationaler oder internationaler Ebene wurde eine Untersuchung dieser Angriffe/Todesfälle durchgeführt. (Quelle: Firat Nachrichtenagentur, August 2011)
- Immer wieder werden **Kriegsverbrechen** von der türkischen Armee begangen: wie z.B. extralegale Hinrichtungen von ZivilistInnen und gefangenen Guerillas, Zurschaustellung von und Posieren vor getöteten Guerillas, aufgesetzte Schüsse, Chemiewaffen und Giftgaseinsätze, Bombenattentate durch Sondereinheiten der Armee (Anzeige gemäß Völkerstrafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland. Mehrere Einzelpersonen, Bundestagsabgeordnete, StadträtInnen und der Menschenrechtsverein MAF DAD, Stand November 2011)

Morde an und Inhaftierung von Kindern

- Mehr als **183 kurdische Kinder** wurden in der Türkei seit dem Regierungsantritt der AKP durch den Einsatz scharfer Munition durch Polizei und Militär oder durch Sprengsätze sowie Landminen getötet. Eine Liste mit den Namen der Opfer wurde im Zusammenhang mit der jeweiligen Todesursache von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. Keiner dieser Todesfälle wurde bisher einer juristischen Untersuchung unterzogen. (Quelle: Gülten Kisanak, BDP Co-Vorsitzende, Stand 11.12.2012)
- **2.091 meist kurdische Kinder und Minderjährige** befinden sich in türkischen Gefängnissen. Darunter zahlreiche Kinder, die unter den Vorwürfen des vermeintlichen „Steinewerfens auf Sicherheitskräfte“ oder „Zeigen des Victoryzeichens“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. (Quelle: IHD, Dezember 2012)
- 1.943 Kinder waren Angaben des türkischen Justizministeriums zufolge im November 2012 aufgrund des Vorwurfs „Mitglied in einer terroristischen Vereinigung“ zu sein in den türkischen Gefängnissen inhaftiert.

- **Hunderte** Kinder wurden Opfer von sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen und Misshandlungen in den türkischen Gefängnissen. Da die meisten minderjährigen Opfer zumeist aus Scham über die Vorfälle schweigen, ist von einer weitaus höheren Dunkelziffer auszugehen. **Dutzende** Fälle von systematischen Misshandlungen und Vergewaltigungen von Kindern durch Wärter und meist nationalistische Mithäftlinge im Pozanti Gefängnis bei Adana gelangten Anfang Februar 2012 an die Öffentlichkeit. Überwiegend handelt es dabei um kurdische Kinder, die zum Teil zu Haftstrafen verurteilt worden sind, die höher sind als ihr Lebensalter. Diese Kinder werden staatlicherseits als Terroristen stigmatisiert. Eine Untersuchungskommission aus ParlamentarierInnen der CHP und BDP bezeichnete die Vorfälle von Pozanti als die Spitze eines Eisbergs mit ungeheuren Ausmaßen. Die JournalistInnen, die diese systematischen Fälle von Vergewaltigung öffentlich machten, wurden kurze Zeit später im Rahmen der KCK Verfahren verhaftet. (Dicle Nachrichtenagentur, Stand Dezember 2012)

Frauenmorde:

- **953 Frauen** wurden offiziellen Angaben zufolge im Jahre 2009 in der Türkei ermordet. Im Jahre 2002 betrug diese Zahl 66. Nach Angaben des türkischen Justizministeriums stieg die Frauenmordrate demzufolge innerhalb von sieben Jahren um 1400 %. Die Dunkelziffer wird weitaus höher geschätzt. Berichten von Frauenorganisationen zufolge wurden 88% der weiblichen Opfer von Verwandten oder Bekannten ermordet. Ehegatten, Väter, Onkel, Neffen, Brüder, Liebhaber und Söhne waren die Täter. (Quelle: Türkisches Justizministerium, Frauenorganisationen November 2012)

Entvölkerung/Flüchtlinge/Morde „unbekannter Täter“ und Massengräber:

- Über **3.500 kurdische Dörfer** wurden Berichten der Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV zufolge zerstört und entvölkert. Der Menschenrechtsverein IHD nennt eine Zahl von **3.246** entvölkerten Dörfern und der Selbsthilfeverein der Flüchtlinge GÖÇ-DER, geht von rund **4.500** zerstörten Dörfern aus. Die dem türkischen Parlament untergeordnete Kommission für die Untersuchung der Situation der Inlandsflüchtlinge spricht von 2.663 zerstörten Dörfern. (Quelle: Göç-Der und Presse, Stand September 2009)
- **4,5 Millionen KurdInnen** sind laut dem Selbsthilfeverein für Flüchtlinge Göç-Der (Die UN spricht von **3,5** Mio.) durch die jahrzehntelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK-Guerilla vom Land in die Großstädte, wie z.B. Istanbul, Diyarbakir, Mersin, İzmir und Adana geflohen, wo sie vielfach unter ärmlichsten Verhältnissen leben. Etwa 1 Million davon sind anschließend ins Ausland, überwiegend nach Europa, geflohen. (Quelle: Göç-Der und Presse, Stand September 2009)
- Mehr als **17.000 Morde** von unbekanntem Tätern: Laut Berichten mehrerer Menschenrechtsorganisationen wurden seit 1989 überwiegend in kurdischen Städten Menschen, darunter politische AktivistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, AnwältInnen und Bauern von staatlichen Todesschwadronen verschleppt, extralegal hingerichtet und die meisten davon in Massengräbern verscharrt. Die „unaufgeklärten Morde“ oder auch „Morde unbekannter Täter“ wurden hauptsächlich von ‚Sonderbeauftragten‘ Mitarbeitern des inoffiziellen Gendarmeriegeheimdienstes JITEM begangen. In dem genannten Zeitraum wurden laut einem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD **5.000** Menschen extralegal hingerichtet und **5.800** Menschen zu Opfern von Angriffen unbekannter Täter. **1.368** Menschen werden noch immer vermisst. (Quelle: IHD und Presse, Stand September 2009)
- Bereits über **400 Mal** (24.11.2012) versammelten sich die „Samstagsmütter“ (Cumartesi Anneleri) der Vermissten samstags in Istanbul/Galatasaray Platz um nach dem Verbleib der verschollenen Überreste ihrer Kinder zu fragen. „Die Samstagsmütter“ treffen sich seit Mai 1995 mit einer Unterbrechung nach 1999 jeden Samstag. (Quelle: IHD und Presse, Stand 10.12.2012)

- **3.248 Leichen** wurden seit 1989 in der gesamten Türkei in **253** Massengräbern verscharrt. Bislang wurden 171 Leichname aus 26 Gräbern entdeckt und exhumiert. (Quelle: IHD, Stand 10.12.2012)

Weitere Fälle von systematischen Rechtsverletzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Bereich der Medien, Bildung, Arbeit und Kunst sowie Fälle von Rassismus, Diskriminierung, Ausgrenzung, Assimilationspolitik, Ausbeutung und des faktischen Ausschlusses vom Recht für ganze Bevölkerungsgruppen können aufgrund ihrer Vielzahl und Vielfalt und einer dem entsprechenden alltäglichen Praxis nicht statistisch erfasst werden.

Auch die kulturellen Rechte werden in der Türkei in vielfältiger Weise täglich verletzt. Davon betroffen sind insbesondere die armenische, die christliche, die griechische und die kurdische Bevölkerungsgruppe sowie anderen Minderheiten, denen zum Teil sämtliche kulturellen Rechte vorenthalten werden. Immer wieder äußern sich Regierungsverantwortliche aufhetzend gegenüber der kurdischen Bevölkerungsgruppe und jüngst auch gegenüber den YezidInnen. Oft kommt es danach zu progromartigen Ausschreitungen durch nationalistische Gruppen gegen diese Minderheiten.

Um all diese Rechtsverletzungen zu untersuchen und aufzuarbeiten und den besorgniserregenden Entwicklungen etwas Positives entgegen zu setzen, wäre es u.a. notwendig eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission nach dem Vorbild Südafrikas einzurichten. In diesem Rahmen könnte sich die Bevölkerung der Türkei mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen. So könnte sich trotz der unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gravierenden Menschenrechtsverletzungen sowie systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung eine Perspektive des friedlichen Zusammenlebens entwickeln. Auf diese Weise könnten auch unzählige ungeklärte Verbrechen, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in den kurdischen Provinzen des Landes aufgeklärt werden.

Abkürzungen:

IHD: İnsan Hakları Derneği – Menschenrechtsverein in der Türkei

TIHV: Türkiye İnsan Hakları Vakfı - Menschenrechtsstiftung der Türkei

CPJ: Committee to Protect Journalists - US-Medieninstitut

ROG: Reporter ohne Grenzen

GÖÇ-DER: Göç Edenler Yardımlaşma ve Dayanışma Derneği - Selbsthilfverein der Flüchtlinge

KESK: Kamu Ekemçiliri Sendikası Konfederasyonu- Konföderation der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst

BDP: Barış ve Demokrasi Partisi - Partei für Frieden und Demokratie

TÖDP: Tutuklu Öğrenciler ile Dayanışma Platformu – Solidaritätsplattform für Inhaftierte Studierende

TUHAD-FED: Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Dernekleri Federasyonu - Verband der Vereinigungen der Rechtshilfe und Solidarität für Familien von Gefangenen

MAF-DAD e.V. - Verein für Demokratie und internationales Recht

KCK: Koma Civakên Kurdistan Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans

AKP: Adalat ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

JITEM: Jandarma İstihbarat ve Terörle Mücadele - Gendarmeriegeheimdienstes